



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe September 2012 - I

Inhalt:

1. **Runder Tisch „Innere Sicherheit“ – Sachstand**
2. **Altersdiskriminierung durch Besoldung nach Dienstaltersstufen?**
3. **Leseempfehlung: Tobias Trappe**
4. **Gegen Senkung des Rentenbeitrags**
5. **Macht der Polizeidienst krank?**
6. **Bundespräsident Gauck am 26. August in Rostock**
7. **Leserbriefe: Fußball – Polizeikosten – Rhein-Zeitung**
8. **Bistum Mainz: Betriebs- und Personalrätekonferenz**
9. **Bistum Mainz: Oasentage im Kloster Jakobsberg**
10. **Zitat des Monats: Sahra Wagenknecht**
11. **Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!**

1. Runder Tisch „Innere Sicherheit“ – Sachstand

Auf Einladung des DGB trafen sich Vertreter des Innenministeriums, der Regierungsfractionen und der GdP zu einem Sondierungsgespräch. Bei diesem ersten



Foto: S. Hofschlaeger pixelio

Treffen ging es nicht um den Großen Bahnhof in entsprechend großer Runde mit Schaufensterreden, sondern um die Diskussion der kontroversen Analysen und Einschätzungen der Situation bei der Personal- und Aufgabenentwicklung.

Dabei kamen erforderliche Fakten auf den Tisch: Die Zwänge der Regierung, die sich aus der Schuldenbremse

ergeben, wie auch die Abschätzung der Personalstärke bei den Polizistinnen und Polizisten im Land. Auch die Situation der Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten wurde beleuchtet.

Immerhin: Bei den Analysen liegen Regierungsseite und Gewerkschaften erstaunlich nah beieinander. Allerdings macht das die Suche nach Lösungen nicht einfacher. Die Vertreter der Regierungsfractionen erbatn Zeit, um die Lage in ihren Fraktionen besprechen zu können.

Beim nächsten Treffen, das für Ende Oktober anvisiert wurde, geht es um erste mögliche Konsequenzen und auch um die Frage, in welcher Art und Weise und in welcher Zusammensetzung die Gesprächsrunde fortgeführt werden wird.



2. Altersdiskriminierung durch Besoldung nach Dienstaltersstufen?

Junge Beamtinnen und Beamte haben möglicherweise Anspruch auf Besoldung nach der höchsten Dienstaltersstufe. Die GdP berichtete bereits mit Flugblatt Nr. 3 vom 24.1.2012 (Abrufbar auf der GdP Homepage) zu dem Thema.

Es musste offengelassen werden, ob die OFD eingehende Widersprüche sofort bescheidet oder es gelingt, eine Vereinbarung zu Musterverfahren abzuschließen. Letzteres ist dem DGB als Spitzenorganisation für den Beamtenbereich mit dem Finanzministerium gelungen, so dass alle beamteten Kolleginnen und Kollegen Widerspruch (ein Muster ist dem Flugblatt Nr. 3 angehängt) einlegen können, ohne Sorge haben zu müssen, dass ein Widerspruchsbescheid erlassen wird und deshalb zur Fristwahrung vor dem Verwaltungsgericht Klage eingereicht werden muss.

Die GdP vertritt eine junge Kollegin in einem Musterverfahren vor dem VG Mainz durch ihren **Gewerkschaftssekretär und RA Markus Stöhr**. Zwischenzeitlich liegen sieben erstinstanzliche Urteile von Verwaltungsgerichten aus dem gesamten Bundesgebiet vor.

Die Verwaltungsgerichte Berlin, Schleswig, Chemnitz, Weimar und Lüneburg haben die Klagen abgewiesen. Das VG Halle (Urteil v. 28.11.2011, Az. 5 A 65/10) hat der Klage stattgegeben und das beklagte Land verurteilt, die junge Klägerin in die höchste Dienstaltersstufe einzustufen sowie in der dreijährigen Verjährungsfrist die Besoldung demgemäß nachzuzahlen. Das VG Frankfurt (Urteil v. 20.8.2012, 9 K 1175/11) hat der Klage ebenfalls stattgegeben, allerdings die Nachzahlungen beschränkt auf das laufende Haushaltsjahr in dem der Anspruch durch die Kläger geltend gemacht wurde.



Markus Stöhr: „*Ich sehe den schriftlichen Urteilsgründen des VG Frankfurt gespannt entgegen. Das VG Frankfurt hat in den letzten Jahren einige bahnbrechende Urteile im Beamtenbereich gesprochen bzw. durch Vorlagebeschlüsse an den EuGH solchen den Weg geebnet. Ich erinnere nur an die Abgeltung wegen Krankheit nicht genommenen Urlaubs durch Beamte. Wir stehen hier vor einem Paradigmawechsel im deutschen Beamtenrecht. Wichtig ist, diesen Prozess aufmerksam zu verfolgen und mutig die richtigen Forderungen zu erheben. Eine sehr spannende Entwicklung für Juristen wie gleichermaßen für Gewerkschafter.*“

Eine Entscheidung aus Rheinland-Pfalz steht noch aus. Bei zwei Oberverwaltungsgerichten sind Berufungsverfahren anhängig, die wohl bis Ende des Jahres entschieden sein könnten. Widersprüche sollten gleichwohl eingelegt werden. Die GdP wird über die Entwicklung berichten.



3. Leseempfehlung: Tobias Trappe

Wer es überlesen hat, möge doch noch einmal auf das Heft „Deutsche Polizei“ 8/2012 zurückgreifen. **Prof Tobias Trappe** hat einen außerordentlich lesenswerten Artikel über Polizei-Ethik geschrieben. Ein Auszug:

„In diese Dankbarkeit für die Polizei mischt sich aber etwas Zweites. Das Erschrecken über die Realität. Ich habe dieses Erschrecken bis heute in den Knochen und zwar gerade weil ich nicht zur „Firma“ gehöre, ja nicht einmal Polizeiseelsorger,



sondern „nur“ ein Philosoph bin. Ich habe also nur den „Blick von außen“, ich bin nur ein „Externer“, ein „Zivilist“ – gerade darum aber vielleicht in der Lage, den Praxisschock zu konservieren, den jeder Anwärter unweigerlich erlebt. Was schon nach einigen Monaten, erst recht nach einigen Jahren für den Polizisten „normal“ und

„nicht der Rede wert“ ist, das ist für mich nicht normal und gerade deshalb der Rede wert. Während sich der Mensch in seiner durchschnittlichen Alltäglichkeit in das „Gehäuse“ bürgerlicher Gemütlichkeit verkriecht und/oder sich in unserer total banalisierten Medienwelt selbst ersäuft, arbeitet die Polizei in einem wahren Schattenreich.

Es ist dies das dunkle Land der Schläger und Geschlagenen, der „Erniedrigten und Beleidigten“, der Zu-kurz-Gekommenen und Enttäuschten, der Armen und Überflüssigen, der Angeber und Aufschneider, der Alten, Kranken, Trauernden und Traumatisierten, der Verwahrlosten, Süchtigen und haltlos Rückfälligen, der arroganten und Boshaften, der Betrüger, der Skrupellosen und Grausamen, der Feigen, der Gleichgültigen und Kleinkarierten, der Heuchler und Lügner, der Prostituierten, Zuhälter, „Freier“, der Perversen und „Spanner“, der schuldlos Schuldigen, der umherirrend Hilflosen, der Einsamen, Verlassenen, der Heimatlosen, der Sterbenden und Toten. Aber diese Schatten kommen in unserer „offiziellen“ Welt nicht (wirklich) vor, sind „unsichtbar“. Sie bevölkern die Peripherie unseres Bewusstseins, leben und arbeiten in den Randzonen der Städte, tauchen punktuell, gespenstisch auf – etwa an den Haltestellen („Bahnhöfen“) unserer Hochgeschwindigkeits-, Leistungs-, Erfolgs- und Siegeregesellschaft, werden dort geduldet, meist verschleicht, vielleicht betreut, fixiert, sediert.

Aber eben mit all dem und mit all diesen Menschen hat es die Polizei zu tun. Jeden Tag.“

Ernst Scharbach: *„Wie sehr würden wir uns wünschen, dass unser Arbeitgeber, die Landesregierung und das Parlament, wenigstens im Ansatz begreifen würden, was die Kolleginnen und Kollegen dort draußen über sich ergehen lassen müssen. Wirklich verstehen kann man es nur, wenn man es selbst erfühlt hat. Aber mehr Respekt für diesen Dienst: Das dürfte sein!“*



4. Gegen Senkung des Rentenbeitrags

Der DGB Rheinland-Pfalz spricht sich gegen eine Senkung der Rentenbeiträge ab dem kommenden Jahr aus.

Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeute eine Beitragssenkung eine Entlastung von nur wenigen Cent oder Euro pro Monat, sagte **Dietmar Muscheid**. Diese Mini-Entlastung werde aber im Alter teuer zurückgezahlt durch das spätere Renteneintrittsalter von 67 Jahren und eine deutliche Absenkung des Rentenniveaus auf nur noch rund 43 Prozent. Die Durchschnittsrente in Rheinland-Pfalz werden dann für Männer statt aktuell 1007,57 Euro monatlich nur noch 700 Euro betragen. Bei Frauen sinke die Durchschnittsrente von 509,13 auf rund 356 Euro. „Davon kann niemand leben“, kritisierte Muscheid.



Gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise dürfe die umlagefinanzierte Rente nicht weiter geschwächt werden. „Es wird endlich Zeit, dass Politik wieder für die Menschen und nicht für die Rendite gemacht wird. Die Rente ist für den sozialen Zusammenhalt wichtig. Die Betrachtung der Rente als Kostenfaktor in Unternehmensbilanzen, wie sie Bundesregierung und Unternehmen vornehmen, ist der falsche Ansatz.“

Details zum DGB-Rentenkonzept findest Du hier:

<https://www.dgb.de/presse/++co++d160fbda-b93c-11e1-4348-00188b4dc422/>

5. Macht der Polizeidienst krank?

Im Rahmen einer Studie der Universität Buffalo (NY/USA) wurde der gesundheitliche Zustand von 464 Polizeibeamten über fünf Jahre beobachtet und mit dem von Nicht-Polizisten verglichen. Dabei zeigte sich, dass die Polizisten gesundheitlich stärker belastet waren als die Personen in der Vergleichsgruppe. Die Polizisten waren deutlich häufiger von Bluthochdruck, Schlaganfällen und Stoffwechselerkrankungen wie Typ-2-Diabetes betroffen. Ursächlich hierfür scheinen insbesondere die Belastungen zu sein, die mit dem Schichtdienst einhergehen. Weitere Informationen (in Englisch): http://lawenforcementtoday.com/2012/07/18/bcops-study-indicates-police-work-may-have-adverse-health-effects/?goback=.gde_2806462_member_136368632 [Quelle: Polizei-Newsletter]

6. Bundespräsident Gauck am 26. August in Rostock

„Allen Rechtsextremisten und Nationalisten, all jenen, die unsere Demokratie verachten und bekämpfen, sagen wir: Wir fürchten Euch nicht. Wo ihr auftrittet, werden wir euch im Wege stehen. In jedem Ort, in jedem Land, im ganzen Staat. Wir sind stark. Unsere Heimat kommt nicht in braune Hände.“

„Ich frage mich, wie konnte das Gewaltmonopol des Staates aufgegeben werden“, kritisiert **Gauck**. Und mahnt in seiner Rede, die Demokratie brauche beides: Mutige Bürger, die nicht wegschauen, aber vor allem auch einen Staat, der fähig ist, Würde und Leben zu schützen.

Markus Stöhr, GdP-Sekretär: „Eben: Einen Staat, der fähig ist, Würde und Leben zu schützen. Das geht aber nicht, wenn man den Staat kaputt spart!“



7. Leserbriefe: Fußball – Polizeikosten – Rhein-Zeitung

„Hallo,
ich habe heute Morgen den Beitrag von Herrn Scharbach in der Nahe-Zeitung gelesen. Der Mann spricht mir aus der Seele. Es kann nicht sein, dass z.B. Philipp Lahm oder andere ca. 50000 Euro in der Woche verdienen, und ich als Steuerzahler finanziere das Polizeiaufgebot damit er auf den Platz laufen kann. Hier ist eine Neuregelung schon sehr lange überfällig. Zumindest die Vereine der ersten Bundesliga sollten die Kosten **komplett** übernehmen. Je niedriger die Liga wird, desto geringer sollten dann die Beiträge werden.
Also weiter so. Immer am Ball bleiben!“

Frank Arth, Allenbach

„Verhandeln“

„Als früherer Hobby-Spieler halte ich Fußball für eine wunderbare Mannschaftssportart. Trotzdem ärgert mich, dass sich die (gut verdienenden) Profivereine an den Kosten von rund 100 Millionen Steuergeldern für die Einsätze der Polizei in den Stadien pro Saison nicht beteiligen. So verursachten die 17 Heimspiele des 1. FC Kaiserslautern 2011/12 mehr als 1 Million Personalkosten für die Polizei, ohne die beachtlichen Sachkosten. Dadurch entstehen riesige Berge an Überstunden, die kaum noch durch Bezahlung oder Freizeitausgleich abgebaut werden können. Darüber hinaus werden Polizei-Stellen eingespart. All das führt dazu, dass Polizisten für den täglichen Dienst fehlen. War der Bezirksbeamte in der Verbandsgemeinde Meisenheim früher an fünf Wochentagen präsent, sind es jetzt nur noch zwei. Hier läuft etwas schief, und dafür haben die Bürger kein Verständnis. Deshalb fordere ich Innenminister Roger Lewentz auf, mit den Vertretern von Polizei und Fußball-Liga über eine Kostenbeteiligung zu verhandeln.“

Werner Keym, Meisenheim, Stadtbürgermeister

8. Bistum Mainz: Betriebs- und Personalrätekonferenz

Unter der Überschrift „Betriebs- und Personalratsarbeit in einer sich entsolidarisierenden Arbeitswelt“ lädt das Bistum Mainz zum 19. September, 09:00 h, in den Erbacher Hof. Infos und Anmeldung unter: www.arbeitswelt-bistum-mainz.de

9. Bistum Mainz: Oasentage im Kloster Jakobsberg

Auftanken, Eintauchen in eine andere Welt, Durchatmen und zur Ruhe kommen, Abstand vom Alltag gewinnen. Am 5./6. Oktober lädt das Bistum Mainz Personal- und Betriebsräte zu zwei Oasentagen im Kloster Jakobsberg ein.

10. Zitat des Monats: Sahra Wagenknecht

„Ich kann die Phrase nicht mehr hören: Wir wollen die Finanzmärkte beruhigen! Wir wollen die Finanzmärkte entwaffnen.“



11. Das Buch ohne sieben Siegel: Beihilferecht verständlich erklärt!



Exklusiv und ganz speziell zugeschnitten auf die Vorschriften im Land hat unser PSW den Ratgeber „Beihilferecht Rheinland-Pfalz von A bis Z“ auf den Markt gebracht.

Bei den Kreisgruppen liegen Ansichtsexemplare bereit, Bestellungen können dort aufgegeben werden.

477 Seiten praktische Hilfe bei der komplexen Materie des Beihilferechts für nur 12,50 €

GdP-Mitglieder zahlen den Vorzugspreis von 10,00 €

Wir sind an Deiner Seite

Komm jetzt in unsere Gemeinschaft

500.000 Mitglieder in Europa: <http://www.eurocop-police.org/>

170.000 Mitglieder in Deutschland: <http://www.gdp.de/>

7.500 Mitglieder in Rheinland-Pfalz: <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>

Unsere Community: <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Funktionsbekleidung unter <http://gdp.mattis-shop.de>

Shop-Login unter outlast@psw-rp.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de